



Newsletter *** Newsletter *** Newsletter

Ausgabe: 05 + 06/2010

Aus dem Inhalt:

- Haushalt 2011
- Finanzhilfen für Irland
- Ein Jahr Schwarz-Gelb
- Rückschritt in der Atompolitik
- Gewerbesteuer
- Gesundheitspolitik

Unter der Kuppel - Bericht aus dem Bundestag

Die letzten Wochen waren für mich von den Beratungen des Bundeshaushalts 2011 bestimmt. Im Haushaltsausschuss haben wir über Wochen, in stundenlangen Sitzungen, die Einzelpläne von Ministerien und Verfassungsorganen beraten. Insgesamt 1.104 Änderungsanträge wurden beraten und abgestimmt. Zwei öffentliche Anhörungen haben wir durchgeführt, 60 Stunden insgesamt getagt und die letzte Sitzung, die abschließende Bereinigungssitzung, dauerte über 11 Stunden, nämlich bis 4 Uhr morgens. Am 26.11.2010 fand dann die endgültige Abstimmung im Plenum über den Bundeshaushalt 2011 statt. Er wurde mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition verabschiedet.

Ein weitere Punkt, der uns Alle sicherlich beschäftigt, ist die Sicherheitslage und die erhöhte Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften, die an vielen Orten sichtbar wird, an Bahnhöfen zum Beispiel oder an „meinem“ Arbeitsplatz, dem Deutschen Bundestag. Die Kuppel ist gesperrt, der ganze Bereich um den Reichstag und die Büro- und Verwaltungsgebäude sind für Besucher/Touristen nicht mehr zugänglich. Bereits angemeldete Besucher und Gruppen können natürlich nach wie vor Termine wahrnehmen und an Führungen teilnehmen, jedoch entfällt im Moment für Berlin Besucher der spontane Besuch der Kuppel.

Bundeshaushalt 2011 Schwarz-Gelbe Weichenstellung in die Sackgasse

Der erste eigene schwarz-gelbe Bundeshaushalt ist eine herbe Enttäuschung. Das sozial ungerechte „Sparpaket“ der Bundesregierung wurde dort aufgeweicht, wo Lobbyinteressen überwogen, Gering- und Normalverdiener zahlen weiterhin die Zeche. Denn gespart wird nicht, im Gegenteil. Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble tricksen und mogeln, um sich bis 2013 mehr verschulden zu können als eigentlich zulässig. Damit soll dann wohl die FDP-Steuerreform für die Spitzenverdiener finanziert werden.

Schwarz-Gelb verfrühstückt Mehreinnahmen

Zunächst sinkt die Neuverschuldung auf dem Papier zwar von 57 Milliarden Euro im Regierungsentwurf auf 48,4 Milliarden Euro. Nur: Allein durch die konjunkturellen Mehreinnahmen bei den Steuern und Minderausgaben für den Arbeitsmarkt hätte sie schon um etwa 10,3 Milliarden Euro gesenkt werden müssen – auf dann 46,7 Milliarden Euro. Die Koalition hat also nicht gespart, sondern dort draufgesattelt, wo es ihrer Klientel nützt. Ergebnis: 1,4 Milliarden Euro aus den Mehreinnahmen werden „verfrühstückt“, anstatt die von vielen gesellschaftlichen Akteuren kritisierten unsozialen Kürzungen zu korrigieren.

Chancen für einen nachhaltigen Aufschwung verspielt

Die Regierung kapituliert vor den Herausforderungen der Finanzkrise und verspielt die große Chance für einen nachhaltigen Aufschwung, an dem auch Geringverdiener und Arbeitslose teilhaben. Der vorgelegte Haushalt ist ein Dokument der Klientelpolitik. Bedient werden die Interessen einflussreicher Lobbygruppen. Lohndumping auf Kosten des Steuerzahlers wird nicht eingeschränkt, sondern soll ausgeweitet werden, statt eines Mindestlohns kommt mit der Ausweitung der Hinzuverdienstgrenzen die weitere Subventionierung des Niedriglohnssektors. Die Kernbrennstoffsteuer wird nicht einmal das von der Regierung selbst veranschlagte Volumen erbringen, geschweige denn die Oligopolgewinne aus der Laufzeitverlängerung ausgleichen. Die Luftverkehrssteuer zahlen am Ende die Verbraucher. Steuerprivilegien für Hoteliers und Erben bleiben bestehen. Vor allem die angekündigte Finanztransaktionssteuer, die den Finanzsektor wirksam an den Krisenkosten beteiligen würde, steht in den Sternen.

Der Haushalt vertieft die von Schwarz-Gelb betriebene Spaltung der Gesellschaft. Die größten Lasten tragen Arbeitslose, Alleinerziehende, Eltern und normale Arbeitnehmer. Für sie ist das schwarz-gelbe Wahlversprechen „mehr Netto vom Brutto“ eine glatte Lüge. Dramatische Einschnitte bei den Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt, die Abschaffung des Rechts, einen Schulabschluss nachzuholen, die Streichung des Elterngeldes für Langzeitarbeitslose, die Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose, wodurch die Gesetzliche Rentenversicherung mit 1,8 Milliarden Euro belastet und auf lange Sicht das Risiko für die Kommunen gesteigert wird, bei Altersarmut einzuspringen, oder auch der Tot auf Raten für das Programm Soziale Stadt – diese Schritte sind nicht nur sozial fragwürdig, sie sind schädlich für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Integration von Einwanderern.

Schließlich versagt der Haushalt vor der Aufgabe, Investitionen zu stärken, Innovationen zu dynamisieren und die deutsche Binnenmarktentwicklung zu verbessern, die unsere einseitige Abhängigkeit vom Export ausgleichen würde. Die Kürzungen bei der Förderung Erneuerbarer Energien, beim Klimaschutz, bei der Städtebauförderung gehen zu Lasten der Zukunft.

Die SPD hat eine Alternative vorgelegt. Eine ambitioniertere Rückführung der Schulden ist möglich. Zugleich können gegenfinanzierte Verbesserungen bei einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, bei Bildung und Integration, bei Umwelt und Klimaschutz, bei den Investitionen in den Kommunen und bei der Entlastung der Städte und Gemeinden von Sozialausgaben erreicht werden. Schwarz-Gelb will es nicht.

Sozial ungerechte Politik zurücknehmen

Wir haben durch unsere Anträge in der Haushaltswoche belegt, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist. Dabei haben wir noch wesentliche gegenfinanzierte Schwerpunkte gesetzt wie die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich und bei der Städtebauförderung, den Ausbau der Bildungsinfrastruktur mit zusätzlichen 300 Millionen Euro, die Aufstockung der Mittel für Entwicklungshilfe um 1,25 Milliarden Euro und die unbedingt notwendige Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden durch 300 Millionen Euro zusätzlich bei der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter sowie 400 Millionen Euro zusätzlich bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung. In zwei Entschließungsanträgen haben wir unsere Alternativen vorgestellt und die Bundesregierung aufgefordert, die Schuldenbremse ernst zu nehmen, die Einsparungen im Sozialbereich und beim Arbeitsmarkt zurückzunehmen, Gerechtigkeit und Sicherheit zu gewährleisten, Fortschritt und Zukunft zu gestalten und nachhaltiges Wachstum und Arbeit zu fördern.

Soziale Stadt

Zu den Änderungsanträgen zählt auch die Aufforderung, die Mittel für die Städtebauförderung und der Förderprogramme fortzuschreiben. Insbesondere die Kürzungen bei dem Programm „Soziale Stadt“ sind im Hinblick auf ihre strengen Forderungen zur Integration ein Schlag ins Gesicht der engagierten Mitbürger, die sich an dem sehr erfolgreichen Programm beteiligen. Mit den Kürzungen der Programmmittel von 95 auf 28,5 Milliarden Euro werden ausgerechnet die sozialen Maßnahmenpakete des Programms zusammengestrichen. Die Förderung soll nur noch für Baumaßnahmen genutzt werden können. Noch drastischer wirken sich die Kürzungen aus, da der Bund nur ein Drittel der Gesamtaufwendungen des Programmes finanziert. Es besteht die Gefahr, dass Länder und Kommunen ihre Zuschüsse ebenfalls anteilig kürzen.

Schwarz-Gelb bleibt die Antwort auf die Frage schuldig, wie erfolgreiche Integration ohne Aktivierung und Beteiligung gelingen soll. Gerade die Verbindung von baulichen und sozial-integrativen Maßnahmen hat das Programm „Soziale Stadt“ zu einer echten Erfolgsgeschichte gemacht. Ob im Kiez, im Viertel, im Stadtteil - durch die bisherige Förderung konnte bürgerschaftliches Engagement und soziale Teilhabe ermöglicht werden, wurden Rahmenbedingungen entwickelt, mit denen Bewohner zu Bürgern wurden. Besonders drastisch wirken sich die Kürzungen auf Planungen in den einzelnen Programmgebieten aus. Bereits geplante Vorhaben wurden nur „vorbehaltlich Zuweisung der Mittel des Bundes“ bewilligt und werden jetzt hinfällig. Damit stehen zahlreiche Programmbereiche bereits im Januar 2011 vor dem Aus.

Einen weiteren Antrag haben wir gestellt, mehr Geld für Integrationskurse bereitzustellen und den entsprechenden Haushaltsposten des BAMF im Einzelplan des Bundesministerium des Innern für das nächste Jahr von den derzeit geplanten 218 Millionen Euro aufzustocken, damit alle einen Integrationskurs belegen können. Anstatt teures Geld für Studien über vermeintliche Integrationsverweigerer und inhaltsleere Gipfel zu verschwenden, sollten die durch eine Unterfinanzierung verursachten langen Wartezeiten zur Teilnahme an einem Integrationskurs endlich beseitigt werden. Die Integrationskursteilnehmer würden dann auch schneller dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen. Dass das Geld vorne und hinten nicht reicht, um Integrationswilligen den Kursbesuch zu ermöglichen, war uns in der SPD-Bundestagsfraktion schon lange klar, aber alle Einwände, mindestens weitere 15 Millionen Euro bereitzustellen, wurden in den Wind geschlagen. Über 20.000 Migranten wird damit der Zugang zu den Integrationskursen verwehrt. Das sind 20.000 Enttäuschungen, integrationspolitisch ein verheerendes Signal: Alle fordern von Migranten die Beherrschung der deutschen Sprache, und dann gibt es für Frei- und Lernwillige keine Plätze.

Schäuble untergräbt Schuldenbremse

Damit aber nicht genug: Herr Schäuble trickst und untergräbt damit die Glaubwürdigkeit und Effektivität der neuen Schuldenregel im Grundgesetz gleich im ersten Jahr ihrer Anwendung. Denn Regierung und Koalition verweigern eine ehrliche Bestimmung der vorgeschriebenen Schuldenreduzierung. Da sich die Haushaltssituation im zweiten Halbjahr 2010 nochmals erheblich verbessert hat, hätte die für den Abbaupfad bis 2016 maßgebliche Größe des sog. strukturellen Defizits nach Geist und Sinn der gesetzlichen Regelung nochmals aktualisiert werden müssen. Schwarz- Gelb hat das nicht getan und sich über diesen Trick ermöglicht, bis 2014 voraussichtlich mehr als 27 Milliarden Euro mehr Schulden machen zu können als nach dem Grundgesetz eigentlich zulässig. Bundesrechnungshof, Bundesbank und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung haben das stark kritisiert, weil dieser Trick schon 2011 die Schuldengrenze um 3,4 Milliarden Euro verletzt.

Es drängt sich also der Verdacht auf: Mit diesem Spielraum wollen der Bundesfinanzminister und die Koalition einen zweiten Wahlbetrug mit dem gleichen Steuersenkungsthema wie bei der letzten Bundestagswahl vorbereiten.

Die SPD steht ohne Abstriche zum Geist und Inhalt der neuen verfassungsrechtlichen Vorgaben und hat durch ihre Anträge belegt, dass die Einhaltung der aktualisierten Verschuldungsgrenze möglich ist – und dabei zugleich alle sozial ungerechten und unsolidarischen Kürzungen zurückgenommen!

Das Konsolidierungsprogramm der SPD

Zur Gewährleistung einer nachhaltigen, wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik sind die folgenden Maßnahmen, die wir im Parlament mit Änderungsanträgen und Entschließungsanträgen untermauert haben, unverzüglich umzusetzen:

1. Die Maßnahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes mit Ausnahme der Erhöhung des Kindergelds und der Leistungen zur steuerlichen Entlastung und Förderung der Familien mit Kindern und zur besonderen Berücksichtigung der Aufwendungen der Familien für die Betreuung und Erziehung oder Ausbildung der Kinder

und des Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sind zurückzunehmen. Daraus resultieren Mehreinnahmen des Bundes von 1,8 Milliarden Euro jährlich. Zudem profitieren Kommunen und Länder.

2. Das Kernbrennstoffsteuersteuergesetz ist hinsichtlich der Bemessungsgrundlage und des Geltungszeitraums im Sinne des Antrags der SPD im Haushaltsausschuss vom 21. Oktober 2010 neu zu gestalten. Daraus resultieren über die 2,3 Milliarden Euro jährlich hinaus, die bislang zur Haushaltskonsolidierung vorgesehen sind, weitere 1,2 Milliarden Euro, die zur Verstärkung der klimaschützenden Investitionsprogramme, des Gebäudesanierungsprogramms, aber auch zur Haushaltskonsolidierung zu verwenden sind. Aus dem Aufkommen sind 300 Mio. Euro zur Kompensation von Steuermindereinnahmen aufgrund dieses Gesetzes den Kommunen durch eine Erhöhung der Bundesbeteiligung bei der Grundsicherung im Alter zuzuführen.
3. Es ist umgehend ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde gemäß des Antrags der SPD-Fraktion einzuführen, der zu substantiellen Mehreinnahmen und Minderausgaben führt, und zwar gesamtstaatlich jeweils bei der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit, aber auch beim Bund durch Minderausgaben bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende vor allem durch eine sich reduzierende Zahl von sog. Aufstockern, aber auch über Steuermehreinnahmen. Diese Mehreinnahmen und Minderausgaben summieren sich für den Bund auf etwa 3,5 Milliarden Euro.
4. Mittelfristig ist die Einführung einer Bundessteuerverwaltung anzustreben, die gemäß der Auffassung des Bundesrechnungshofs jährliche Mehreinnahmen für den Bund von bis zu 12 Milliarden Euro zur Folge hätte. Kurzfristig ist dies für 2011 durch eine Verbesserung und Optimierung des (einheitlichen) Steuervollzugs durch die Länder u.a. mithilfe des Instruments der Ausweitung von Betriebsprüfungen einzuleiten. Daraus resultieren Mehreinnahmen für den Bund von etwa 3,7 Milliarden Euro für 2011 und jeweils aufsteigend in den Folgejahren.
5. Der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer ist von 42 Prozent auf 49 Prozent zu erhöhen, dafür aber erst ab einem zu versteuernden Bruttojahreseinkommen von 100.000 Euro für Ledige und 200.000 Euro für Verheiratete. Daraus resultieren mindestens Mehreinnahmen des Bundes von etwa 2,8 Milliarden Euro.

Damit könnte die SPD die Neuverschuldung auf 42,3 Milliarden Euro absenken und liegt damit im Gegensatz zur Koalition nicht über, sondern deutlich unter der Schuldenobergrenze von 45 Milliarden Euro.

IRLAND

Irland will unter den Euro-Rettungsschirm. In einer Sondersitzung des Haushaltsausschuss am Montag, den 29. November, wurden wir von der Bundesregierung über die Hintergründe und die Zahlen informiert. Dort haben wir den Hilfen für Irland, mit den Stimmen der SPD und den Grünen zugestimmt.

Formal muss die Bundesregierung sich nur um das Einvernehmen mit dem Bundestag (in diesem Falle eben mit dem Haushaltsausschuss) bemühen, damit die Voraussetzungen für die Übernahme der Gewährleistungen gegeben sind. Am 2. Dezember hat der Deutsche Bundestag dann über die Finanzhilfen der EU für Irland diskutiert. Anlässlich der Debatte hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag „Irland unterstützen und gerechten, wirksamen Mechanismus zur Bewältigung von Staatsfinanzierungskrisen schaffen“ vorgelegt. Da der Bundestag dem Euro-Rettungsschirm im Mai bereits zugestimmt hat, muss er über Hilfen für einzelne Länder nicht mehr abstimmen. Deutschlands Anteil an den 85-Milliarden-Euro umfassenden Bürgschaften für Irland beträgt rund 6,2 Milliarden Euro.

**Aus der Fraktion:
Michael Sommer zu Gast bei der SPD-Bundestagsfraktion
Rente mit 67
Kommunal финанzen**

Michael Sommer war zu Gast in unserer Fraktionssitzung. Eines der wichtigsten Themen bei dem Gespräch war die Lage am Arbeitsmarkt. Die Fraktion und der DGB-Chef sind sich einig: Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist zu begrüßen. Aber die wachsende Unsicherheit der Arbeitsverhältnisse ist nicht hinnehmbar. Zu einer neuen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gehört der allgemeine Mindestlohn. Und Lohndumping in der Leiharbeit kann nur bekämpft werden, wenn der Grundsatz durchgesetzt wird, dass Leiharbeiter und Stammbeschaftete den gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten.

Am Donnerstag der letzten Sitzungswoche haben wir uns zunächst mit dem Thema Rente mit 67 befasst. An dem Ziel der Anhebung der Regelaltersgrenze halten wir grundsätzlich fest. Denn langfristig bleibt die Anhebung des Renteneintrittsalters sozial- und wirtschaftspolitisch notwendig. Doch dabei darf man die noch bestehenden Probleme nicht ausblenden. Aus gutem Grund haben wir 2007 den Beginn der Erhöhung des Renteneintrittsalters mit einer Überprüfungs Klausel verknüpft, die sicherstellt, dass der Einstieg in die Rente mit 67 nur erfolgt, wenn auch die Bedingungen dafür erfüllt sind. Diese Überprüfung erfolgt mit einem Bericht, der zum ersten Mal vorlegt wurde. Die Bundesregierung malt die Zahlen schön, wir kommen zu dem Ergebnis, dass der Einstieg auszusetzen ist, weil die Voraussetzungen noch nicht gegeben sind. Zu wenige der 60- bis 64-Jährigen sind derzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Wie 2007 ursprünglich vorgesehen, fordern wir Anstrengungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Investitionen in die Menschen durch ein Recht auf Weiterbildung. Außerdem wollen wir die flexiblen Übergänge in die Rente stärken.

Ein Jahr Schwarz-Gelb: Ein verlorenes Jahr für Deutschland

Über ein Jahr ist es nun her, dass Union und FDP die Regierungsgeschäfte übernommen haben. Die Bilanz zeigt: Es war ein verlorenes Jahr für Deutschland. Große Chancen für unser Land bleiben ungenutzt. Statt Verantwortung zu übernehmen, ist Schwarz-Gelb zum Synonym für beispiellosen Lobbyismus geworden. Der von Angela Merkel inszenierte „Herbst der Entscheidungen“ ist ein Herbst der Klientelpolitik. Die Folge: Schwarz-Gelb spaltet die Gesellschaft und gefährdet die Demokratie.

Wer in diesen Tagen auf das Land schaut, reibt sich doch die Augen: Der Aufschwung 2010 mit mehr als drei Prozent Wachstum und sinkender Arbeitslosigkeit, die unter drei Millionen liegt, könnte uns Mut machen. Kaum jemals wurde eindrucksvoller unter Beweis gestellt, dass Reformen sich lohnen und entschiedene Anti-Krisen-Politik etwas bewirkt. Kaum je wurden die Sozialpartner in ihrem Kurs derart bestätigt und das Modell Deutschland international derart rehabilitiert. Jetzt haben wir die reale Chance, die wirklich wichtigen Fragen aufzugreifen. Vollbeschäftigung in den kommenden Jahren ist möglich, und auch wer 2009 noch daran zweifelte, widerspricht nicht mehr. Gleiche Bildungschancen sind machbar, wenn wir nur wollen

und die föderale Gemeinschaftsanstrengung hinbekommen. Durch Arbeit und Bildung können wir Emanzipation und Integration unserer Gesellschaft ermöglichen. Wir können eine Gesellschaft des längeren Lebens jetzt gestalten, ohne dass wir innovative Dynamik verlieren und immer tiefere Risse das Land in Gewinner und Verlierer spalten. Wir können eine Gesellschaft des Respekts und der Anerkennung für Frauen und Männer, im Beruf und in der Familie gestalten. Eine Gesellschaft, die an ihre eigene Zukunft glaubt und dabei nicht argwöhnisch unterscheidet, wo jemand herkommt, sondern selbstbewusst danach fragt, wo wir gemeinsam ankommen wollen.

Unsere entscheidende Aufgabe ist es, die Mitte unserer Gesellschaft wieder breiter und stärker zu machen. Die Mitte trägt unser Land. Sie hält die Gesellschaft zusammen. Sie tut es durch Bildungsanstrengungen, durch Sorge um ihre Kinder, durch Solidarität in Familie und Kommune, durch harte Arbeit, um aus der Abhängigkeit herauszukommen. Emanzipation durch Bildung und Arbeit – das stärkt den Bürgersinn und die Demokratie. Die Koalition hat es in einem Jahr nicht vermocht, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Sie ist in sich selbst zerrüttet und kann die Gesellschaft nicht einen. Sie ist schwach und kann Deutschland auch nach außen nicht stark vertreten.

Für die Atomlobby – gegen die Bevölkerung

Am 28. Oktober hat die abschließende Lesung der Atomgesetze stattgefunden. Auch außerhalb des Plenums hat die SPD vor Plenarbeginn gemeinsam mit den anderen Oppositionsparteien mit einer Protestkette auf den skandalösen Rückschritt in der Energiepolitik aufmerksam gemacht. Wir werden weiter innerhalb und außerhalb des Parlaments, mit allen politischen und rechtlichen Mitteln, gegen die Rolle rückwärts in der Energiepolitik angehen. Wir haben das bessere Energiekonzept und kämpfen für neue Mehrheiten.

Die schwarz-gelbe Koalition hat ohne eine angemessene parlamentarische Beratung der Gesetzentwürfe die Laufzeiten für Atomkraftwerke im Bundestag beschlossen. Noch nicht einmal vier Wochen wurden uns Abgeordneten für eine Sachdebatte zugestanden. Schwarz-Gelb hat alles dafür getan, um eine intensive Auseinandersetzung zu behindern, um vor der Öffentlichkeit die Tragweite des energiepolitischen Kamikazeflugs zu verschleiern. Die SPD wird die gefährliche, schwarz-gelbe Rolle rückwärts bekämpfen: im Parlament, vor dem Bundesverfassungsgericht und auf der Straße gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Gewerbsteuer stärken - Klare Perspektiven für Kommunen

Schwarz-Gelb fährt auch bei der Gewerbsteuer einen Zick-Zack-Kurs, der auf die Orientierungslosigkeit bei der Reform der kommunalen Finanzen zurückzuführen ist. Die Zusage des Bundesfinanzministers, die Gewerbsteuer nicht anzutasten wurde durch den Koalitionsausschuss am 18. November wieder zurückgenommen. Dieses Hin und Her schadet den Kommunen, die eine klare und verlässliche Entscheidung zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung brauchen.

Die SPD unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände in ihrer Forderung, die Gewerbsteuer als Haupteinnahmequelle der Städte und Gemeinden zu erhalten. Es gibt - das ist hin und her

gerechnet worden - zur Gewerbesteuer keine ernsthafte Alternative.

Am 2. Dezember hat die Fraktion dazu den Antrag „Klare Perspektiven für Kommunen – Gewerbesteuer stärken“ im Bundestag eingebracht. In diesem wird die Bundesregierung aufgefordert:

- die Zusage einzuhalten, dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt;
- alle weiteren Maßnahmen zur Aushöhlung der Gewerbesteuer durch eine Schmälerung der Bemessungsgrundlage zu unterlassen;
- die finanziellen Auswirkungen des Kommunalmodells (Erweiterung der Hinzurechnungen und die Einbeziehung der Selbständigen und freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht) zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zeitnah zu berechnen;
- die Beratungen der Gemeindefinanzkommission auf der Grundlage des Kommunalmodells fortzusetzen und zügig zu einem Abschluss zu führen;
- auf die Einführung eines kommunalen Hebesatzrechtes bei der Einkommensteuer zu verzichten;
- die Kommunen von Ausgaben für die soziale Sicherung zu entlasten und dies nicht von Änderungen bei der Gewerbesteuer und/oder der Einkommensteuer abhängig zu machen.

In dem Zusammenhang wurde auch erneut über unseren Antrag vom März diesen Jahres debattiert, in dem wir einen Rettungsschirm für Kommunen gefordert hatten.

| |
|--|
| <p style="text-align: center;">Gesundheit: Aufkündigung des Solidarsystems SPD fordert Gesundheit ohne Klassenschranken</p> |
|--|

Schwarz-Gelb hat die tragenden Säulen der gesetzlichen Krankenversicherung zerstört: die einkommensabhängigen Beiträge, das Sachleistungsprinzip und den gleichen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung. Union und FDP brechen mit einem gesellschaftlichen Grundprinzip: der Solidarität im Gesundheitswesen. Die SPD fordert Gesundheit ohne Klassenschranken.

Der Bundestag hat über die schwarz-gelben Gesetzesvorlagen zur Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung und zur Arzneimittelneuordnung entschieden. Die Vorhaben von Union und FDP bedeuten eine Richtungsentscheidung: Schwarz-Gelb bedient die Lobbyinteressen von Arzneimittelherstellern und Privatkassen, schwächt die Gesetzliche Krankenversicherung und belastet Gering- und Normalverdiener. Die schwarz-gelbe Nettolüge führt in der Gesundheitspolitik zu höheren Abgaben und einseitigen Zusatzbeiträgen für die Versicherten – der Einstieg in das System der Kopfpauschale. Am Ende stehen soziale Spaltung bei Gesundheit und Dreiklassenmedizin in Deutschland wie sie aus anderen Ländern ohne solidarischen Ausgleich bekannt ist. Damit wird in Zukunft vor einer guten Versorgung im Krankheits- und Versorgungsfall gefragt: „Kannst du es bezahlen?“

Zum Arzneimittelneuordnungsgesetz (ANMOG) und zum GKV-Finanzierungsgesetz haben wir Sozialdemokraten Entschließungsanträge vorgelegt. Zum ANMOG wurde zusätzlich ein Änderungsantrag eingebracht.

GKV-Finanzierungsgesetz: Einstieg in die Entsolidarisierung

Die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung werden ab 2011 von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent ansteigen. Davon entfallen 8,2 Prozent auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber zahlen 7,3 Prozent, und dieser Anteil soll eingefroren werden. Alle Kostensteigerungen im Gesundheitssystem werden in Zukunft einseitig auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auf Rentnerinnen und Rentner abgewälzt. Für sie steigen die Beiträge künftig doppelt so stark, weil die Arbeitgeberbeiträge eingefroren und ungedeckelte Zusatzbeiträge ohne Rücksicht auf das Einkommen erhoben werden.

Geringverdiener werden künftig am stärksten belastet und haben kaum Aussicht auf sozialen Ausgleich. Das sind die Einführung der unsozialen Kopfpauschale und der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Wartezeit für einen Wechsel von der Gesetzlichen zur Privaten Krankenversicherung soll von drei Jahren auf ein Jahr verkürzt werden. Die Regelung soll noch in diesem Jahr in Kraft treten, damit alle, die mit ihrem Jahreseinkommen aus 2010 die Versicherungspflichtgrenze überschreiten, zum 1. Januar 2011 bereits die Option zum Wechsel in die PKV erhalten. Junge, gesunde Mitglieder werden vermehrt von der gesetzlichen zur Privatversicherung abwandern und Einnahmeverluste für die GKV von 500 Millionen Euro im ersten Jahr verursachen.

Arzneimittelneuordnungsgesetz: Profitgarantie für die Pharmaindustrie

Schwarz-Gelb will es der Pharma-Industrie ermöglichen, die Arzneimittelpreise für neue Arzneimittel im ersten Jahr festzusetzen – verbunden mit einer sofortigen Erstattung durch die Gesetzlichen Krankenkassen. Ab dem zweiten Jahr gilt der zwischen den GKV und den Herstellern verhandelte Erstattungspreis nach einer Nutzen-Bewertung. Die Hersteller werden folglich das erste Jahr nutzen, um mit maßlosen Preisen vorab so viel Gewinn wie möglich abzuschöpfen, bevor der Verhandlungspreis festgesetzt wird. Außerdem sollen nutzlose Arzneien leichter verkauft werden können. Die in der neuen Rechtsverordnung hierfür aufgeführten aufgeweichten Kriterien hat der Verband forschender Arzneimittelhersteller vorformuliert. Lobbyverbände schreiben sich ihre Verordnung selbst. Bei vergaberechtlichen Streitigkeiten wird die Zuständigkeit von den Sozial- zu den Zivilgerichten übertragen. Mit dem Zuständigkeitswechsel steigen die Erfolgsaussichten der Pharmaunternehmen bei Klagen gegen Ausschreibungen und Rabattverträge.

Für die GKV wird das Kartellrecht eingeführt. Damit werden Arzneimittel-Rabattverträge zwischen Herstellern und Zusammenschlüssen mehrerer Kassen erschwert bzw. verhindert. Das bedeutet konkret, dass künftig nur noch einzelne Kassen Rabattverträge mit geringerem Marktanteil und folglich höheren Preisen abschließen können. Ergebnis: Mehr Gewinn für die Pharmaindustrie.

Durch die Mehrkostenregelung werden die Rabattverträge weiter ausgehöhlt, da seitens der Krankenkassen keine Mengengarantie mehr erfolgen kann. Bei der Mehrkostenregelung kann der Patient ein Medikament auch dann mit Aufzahlung bekommen, wenn seine Kasse für ein wirkstoffgleiches Medikament einen Rabattvertrag abgeschlossen hat. Bisher musste in diesem Fall das „Wunschmedikament“, wenn für die Verordnung keine medizinische Begründung vorlag, komplett selbst bezahlt werden. Viele Patienten werden künftig freiwillig oder unfreiwillig (auf Anraten eines von Pharmavertretern häufig aufgesuchten Arztes) unter Aufzahlung mehr für ihre Arzneimittel bezahlen, zugunsten der Umsätze der Pharmaindustrie und zu Lasten der Versichertengemeinschaft.

Vorkasse: Erste, zweite und dritte Klasse in der Arztpraxis

Bisher gilt bei der gesetzlichen Krankenversicherung das Sachleistungsprinzip: Jeder Praxisbesuch wird nach einheitlichen Sätzen von der Kasse vergütet. Die Patienten müssen sich darum nicht kümmern. Das Sachleistungsprinzip ist der Grundpfeiler unserer solidarischen Krankenversicherung. Es garantiert, dass Menschen zum Arzt gehen können, ohne vorher fragen zu müssen, ob ihr Geld dazu reicht. Schwarz-Gelb plant jetzt jedoch eine drastische Ausweitung der Kostenerstattungsregelungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung. Wer genug Geld im Portemonnaie hat, um seine Arztrechnung per Vorkasse zahlen zu können, wird in Zukunft bevorzugt behandelt werden.

Damit werden nach der PKV und der Pharmaindustrie die niedergelassenen Fachärzte beschenkt. Ziel der Fachärzte ist es, sich den Verträgen, Qualitätsanforderungen und Wirtschaftlichkeitsprüfungen der Krankenkassen zu entziehen. Vor allem aber lockt die Chance, den Patientinnen und Patienten mit einer Privatrechnung direkt ins Portemonnaie zu greifen. Das Resultat wird eine Drei-Klassen-Medizin sein, bei der Privatversicherte Patienten Erster-Klasse sind, gefolgt von allen gesetzlich Krankenversicherten, die es sich leisten können, Vorkasse zu zahlen. Am Ende stehen dann die normalen gesetzlich Krankenversicherten, die das geringste Honorar versprechen und deshalb z. B. mit längeren Wartezeiten rechnen müssen.

Sozialer Fortschritt geht nur gemeinsam: die Bürgerversicherung

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert eine andere Gesundheitspolitik – ohne Klassenschranken. Das sozialdemokratische Modell: die solidarische Bürgerversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen sich an der Finanzierung des Gesundheitswesens nach ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen. Wohlhabende sollen nicht aussteigen, sondern zur solidarischen Krankenversicherung beitragen. Eine Finanzierung über angemessene Beiträge und über Steuern sorgt auf Dauer für eine gerechte und stabile Finanzierung. Ob gesetzlich oder privat: Alle Versicherten sollen in den Risikoausgleich einbezogen werden. Das sollte schrittweise erfolgen, denn die erworbenen Rechte der privat Versicherten sollen beachtet werden.

Voraussetzung für ein solidarisches System sind vergleichbare Spielregeln und fairer Wettbewerb für alle Krankenkassen und Versicherungsunternehmen. Auch die privaten Kassen müssen Verantwortung für die Qualität und die Preise der medizinischen Leistungen übernehmen, so wie das die Gesetzliche Krankenversicherung bereits macht. Notwendig ist eine echte Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln, damit die Therapien bezahlt werden, die wirklich wirken. Das Gesundheitssystem muss wieder voll paritätisch finanziert werden. Nur ein einheitliches Sozialversicherungssystem, das den Bürgerinnen und Bürgern soziale Sicherheit unabhängig von ihrem Erwerbsstatus bietet, wird dem Anspruch nach sozialer Sicherheit in einer von vielfältigen Lebensmodellen geprägten, modernen Gesellschaft heute und in Zukunft gerecht.

Enquete Kommission für ein nachhaltiges Modell des Wirtschaften – Fortschritt neu denken

Auf unsere Initiative hin wird eine Fortschritts-Enquetekommission im Bundestag eingesetzt. Wir sind davon überzeugt, dass ein veränderter Begriff von Wachstum und eine neue Qualität von Fortschritt die Grundlage einer neuen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden müssen, die nicht mehr auf Kosten der Natur und zu Lasten des sozialen Ausgleichs geht. Deshalb haben wir die

Initiative für eine Enquête-Kommission ergriffen, die in dieser Legislaturperiode Vorschläge für einen neuen Maßstab von Fortschritt und Wohlstand entwickeln soll.

Gesetzentwurf zu Regelsätzen ist ungenügend

Am 3. Dezember wurde im Bundestag abschließend über den Gesetzentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen beraten. Kaum ein anderes Thema erhitzt die Gemüter so, wie die Frage der Existenzsicherung von Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten können. Deshalb müssen politisch Verantwortliche sehr sorgfältig und ernsthaft mit der Frage umgehen. Schwarz-Gelb hat dabei versagt: Sie hat zu lange Zeit verstreichen lassen, mit der „Chipkarte“ eine Gespensterdiskussion geführt und bleibt in zentralen Punkten hinter verfassungsrechtlich und sozialpolitisch notwendigen Lösungen zurück.

Stattdessen werden Langzeitarbeitslose und Geringverdiener gegeneinander ausgespielt: Bei den Regelsätzen wird getrickst und manipuliert, um eine möglichst geringe Erhöhung zu errechnen. Bei der Teilhabe von Kindern soll ein warmes Mittagessen in der Schule künftig übernommen werden. Gleichzeitig werden aber keine Voraussetzungen geschaffen, damit für mehr als 20 Prozent der Schülerinnen und Schüler überhaupt ein Angebot zur Verfügung steht. Bei den geplanten Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, die mit 10 Euro im Monat bewertet werden, sollen die Gebühren und Mitgliedsbeiträge in Vereinen und Musikschulen abgerechnet werden können. Ausgenommen werden aber Kosten, die z. B. für Sportartikel oder ein Instrument und auch für Fahrtkosten anfallen.

Zudem wird ein bürokratisches Monstrum geschaffen, indem die JobCenter diese Leistungen nicht nur über Gutscheine abrechnen, sondern Vereinbarungen mit den Leistungsanbietern über ihre Eignung abschließen sollen. Die Regierung rechnet mit mindestens 135 Millionen Euro an reinen Verwaltungskosten bei den Jobcentern pro Jahr. Die Bundesagentur für Arbeit beziffert den zusätzlichen Personalbedarf mit 1.300 Mitarbeitern. Die Pläne haben daher bereits den Bundesrechnungshof auf den Plan gerufen. In einer Stellungnahme heißt es: „Die zu erwartenden Kosten des Verfahrens stehen in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert dieser Leistungen.“

Diesem Gesetzentwurf kann die SPD-Bundestagsfraktion nicht zustimmen. In einem Antrag definieren wir stattdessen die Anforderungen, wie verfassungskonforme Regelsätze korrekt berechnet werden. An einem Wettlauf um die höchsten Regelsatzforderungen beteiligen wir uns nicht. Die Regelsätze müssen mit einem Mindestlohn flankiert werden: Nicht das Existenzminimum muss unter den untersten Löhnen liegen, sondern die untersten Löhne darüber. Bei der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen ist eine Öffnung für weitere Geringverdienende notwendig, damit auch die Kinder in Haushalten, die Wohngeld beziehen, davon profitieren. Zusätzlich spricht die SPD-Bundestagsfraktion sich für ein Programm flächendeckender Schulsozialarbeit aus, um die Bildungsteilhabe und soziokulturelle Teilhabe zu unterstützen.

Es geht um eine Richtungsentscheidung: Um bessere Bildung für alle zu erreichen, brauchen wir mehr und bessere Kitas und Ganztagschulen. Schwarz-Gelb hat unsere Forderungen im Bundestag abgelehnt. Das nächste Wort hat nun der Bundesrat.

Termine und Veranstaltungen

Von GOETHE 80 nach GOETHE 15

Mein Wahlkreisbüro und das SPD-Bürgerbüro sind umgezogen. Nicht weit – nur ein paar hundert Meter entfernt – in der Goethestraße 15, 10625 Berlin, finden Sie uns wie gewohnt, seit dem 1. November 2011. Mein Wahlkreisbüro ist wieder mit dem beliebten Mix aus Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, Partei, Infocenter und Bildungsecke, Ausstellungen und Treffpunkt für Sie geöffnet an vier Tagen die Woche:

Montag und Dienstag von 12 bis 16 Uhr und Mittwoch und Donnerstag von 10 bis 14 Uhr.

Kommen Sie doch mal vorbei und schauen sich in den neuen Räumen um!

Die **Neueröffnung** findet statt am
Freitag, den 28. Januar 2011, 16.00 bis 19.00 Uhr!
in der GOETHE15, Goethestraße 15, 10625 Berlin

Sollten wir uns nicht mehr begegnen, dann wünsche ich Ihnen an dieser Stelle schon einmal schöne Weihnachten und ein gutes, neues Jahr!

Ihre



Petra Merkel, MdB

PS: Adventskalender online

Um Ihnen bis zum Weihnachtsfest die Zeit ein wenig zu verkürzen, finden Sie auch in diesem Jahr auf meiner Homepage auf www.petra-merkel.de einen Adventskalender. Vom 1. bis 24. Dezember steckt hinter jedem Türchen ein Tipp aus meinem Wahlkreis. Die Empfehlung für einen besonderen Weihnachtsmarkt, einen Kulturtipp oder auch ein Weihnachtsrezept gebe ich Ihnen so Tag für Tag mit auf den Weg. Eine schöne Adventszeit!